

Diözesanausschuss der KAB im Bistum Passau (Katholische Arbeitnehmerbewegung) kritisiert: Die neue Mindestlohnhöhe geht völlig an der Realität vorbei!

Eigentlich sollte der Mindestlohn auch der Schutz vor Armut trotz Arbeit sein. Der neue Mindestlohn berücksichtigt nicht einmal die tariflichen Lohnerhöhungen.

Dass dieses Ziel in der Vergangenheit verfehlt wurde, ist kein Grund Menschen in prekären Verhältnissen zu belassen.

„Der Beschluss der Mindestlohnkommission wird die Armut in Deutschland massiv verschärfen!“ Davon sind die Mitglieder des Diözesanausschusses der KAB nach der heutigen Bekanntgabe der Kommission über die neue Lohnuntergrenze überzeugt. Der Diözesanausschuss ist nach dem Diözesantag das zweithöchste Organ der KAB im Bistum Passau

Die angestrebte Mindestlohnhöhe geht deutlich an der Realität in der Arbeitswelt vorbei“, sagt die Diözesanvorsitzende Angelika Görmiller. Der katholische Sozialverband zeigt sich enttäuscht, dass die Kommission die gestiegenen Löhne in vielen Branchen, die extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie die Inflation nicht ausreichend berücksichtigt hat. „Mit den jetzigen Vorgaben der Kommission und der Erhöhung des Mindestlohns ab 1. Januar kommenden Jahres auf 12,41 Euro brutto pro Arbeitsstunde und ab Januar 2025 auf 12,82 Euro werden die Beschäftigten und Familien im Niedriglohnbereich in direkte Existenznöte gebracht“

14,62 Euro – Mindestlohn muss gegen Armut schützen Der Diözesanausschuss spricht sich für eine deutlichere Anhebung der Lohnuntergrenze aus, damit Arbeit nicht zu Armut führt. Nach Auffassung der KAB sollte der gesetzliche Mindestlohn 60 Prozent des durchschnittlichen Bruttoverdienstes betragen. Nach den Berechnungen der KAB ergibt sich daraus derzeit ein Mindeststundenlohn von 14,62 Euro. Die hatte die KAB bereits in ihrer Stellungnahme im Vorfeld der Entscheidung der Kommission mitgeteilt.

Angesichts schwindender Tarifbindungen seitens der Arbeitgeber fordert die KAB die Bundesregierung auf, der Kommission mehr Handlungsspielraum und weitere soziale Kriterien bei der Festlegung der Lohnuntergrenze zu eröffnen. „Die jetzige Erhöhung ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist ein Einstiegsbrief in die Armut und ein Armutszeugnis für Deutschland im Umgang mit Menschen im Niedriglohnbereich“, so die Delegierten der KAB.